



INHALT

NIEDERSCHRIFTEN

Auszug aus der Niederschrift der Stadtverordnetenversammlung am 29.01.2026..... **1**

Auszug aus der Niederschrift der Sitzung des Hauptausschusses am 03.02.2026..... **8**

AMTLICHE BEKANNTMACHUNGEN

Bekanntmachung zur Beteiligung der Öffentlichkeit an der Bauleitplanung nach § 3 Abs. 2 BauGB – Aufhebungsverfahren – Bebauungsplan Nr. 1: "Ortsmitte" Bergfelde **9**

Bekanntmachung der 2. Änderung der Satzung zur Regelung der Aufwandsentschädigung der ehrenamtlichen Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung und der sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Hohen Neuendorf..... **11**

Bekanntmachung und Hinweis zur Auslegung und Einsichtnahme des Wirtschaftsplans 2026 des Eigenbetriebes Abwasser der Stadt Hohen Neuendorf..... **11**

TERMINE

Sitzungstermine Hohen Neuendorf **12**

Schiedsstelle **12**

Pflegelotsin **12**

SERVICE

Notruf-Nummern..... **12**

NIEDERSCHRIFTEN

Protokoll über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

Datum: 29.01.2026
Beginn: 18:30 Uhr
Ende: 21:30 Uhr
Sitzungsraum: Rathaussaal, 16540 Hohen Neuendorf,
Oranienburger Straße 2

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzender: gez. Dr. Raimund Weiland
Schriftführung: gez. Anja Strauß,
gez. Annemarie Jungfer,
gez. Maria Sense

ANWESENDE AUSSCHUSSMITGLIEDER

Anwesende Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung

Apelt, Steffen · Bürgermeister
Dr. Weiland, Raimund · CDU
Reichel, Franziska · SPD/Bündnis 90/Die Grünen
Erhardt-Maciejewski, Christian · Gerlach/FDP/
Tierschutzp./BSW/Zimmermann
Fiedler, Steffen · AfD
Franck, Annett · AfD
Fussan, Sabine · SPD/Bündnis 90/Die Grünen
Gerlach, Michael · Gerlach/FDP/Tierschutzp./BSW/
Zimmermann
Dr. Guretzki, Hans-Joachim · Die Linke & Stadtverein
Hamann, Kerstin · Gerlach/FDP/Tierschutzp./BSW/
Zimmermann
Hartung, Klaus-Dieter · Die Linke & Stadtverein
Heider, Michael · CDU
Hübner, Florian · CDU
Jirka, Oliver · SPD/Bündnis 90/Die Grünen
Kay, Thomas · AfD
Lindner, Jutta · SPD/Bündnis 90/Die Grünen
Löster, Martina · CDU
Lütgenau, Katrin · SPD/Bündnis 90/Die Grünen
Paeper, Judith · SPD/Bündnis 90/Die Grünen
Reichel, Stefan · CDU
Reichert, Michael · CDU
Schmidt-Heidrich, Falko · CDU
Dr. Scholz, Sylvia · Gerlach/FDP/Tierschutzp./BSW/
Zimmermann
Tittelbach, Uwe · SPD/Bündnis 90/Die Grünen
Tschaut, Horst · AfD
Wiezorek, Anton · Die Linke & Stadtverein
Zimmermann, Marco · Gerlach/FDP/Tierschutzp./
BSW/Zimmermann
van Ginneken, Jacqueline · AfD
von Gizycki, Thomas · SPD/Bündnis 90/Die Grünen

Mitarbeitende der Verwaltung

Borchert, Malte · Fachbereichsleiter Soziales
Jungfer, Annemarie · SB Sitzungsdienst
Oleck, Hans Michael · Fachbereichsleiter Bauen
Strauß, Anja · Leiterin Büro Bürgermeister und SVV
Werner, Michaela · Erste Beigeordnete

Fehlende Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung

Andrie, Josef · SPD/Bündnis 90/Die Grünen
Brunke, Cathrin · CDU

TAGESORDNUNG ÖFFENTLICHER TEIL

- 1 Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 18.12.2025
- 3 Feststellung der Tagesordnung
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Jugend spricht
- 6 Beschluss über die Änderung der Besetzung der Ausschüsse B 001/2026
- 7 2. Änderungssatzung zur Satzung zur Regelung der Aufwandsentschädigung der ehrenamtlichen Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung und der sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Hohen Neuendorf B 082/2025
- 8 Beschluss über die Fortführung der kommunalen Trägerschaft der Dr. Hugo Rosenthal Oberschule durch die Stadt Hohen Neuendorf B 004/2026
- 9 Antrag der Fraktion Gerlach/FDP/Tierschutzpartei/BSW/Zimmermann – Umbenennung des Waldjugendwegs am Grenzschutzturm in "Helga-Garduhn-Allee" A 040/2025

NICHTÖFFENTLICHER TEIL

- 9.1 Antrag der Fraktion Gerlach/FDP/Tierschutzpartei/BSW/Zimmermann – Umbenennung des Waldjugendwegs am Grenzschutzturm in "Helga-Garduhn-Allee"

ÖFFENTLICHER TEIL

- 10 Antrag der AfD-Fraktion – Transparente haushaltsmäßige Abbildung des Kulturbahnhofs A 001/2026
- 11 Antrag der AfD-Fraktion – Mehr Sicherheit für Hohen Neuendorf – Initiative zur Gründung einer Sicherheitspartnerschaft A 002/2026
- 12 Antrag der AfD-Fraktion – Präsentation der biografischen Wanderausstellung „Margarete Buber-Neumann, eine Gulag und KZ-Überlebende – Eine deutsche Patriotin und Vorkämpferin für die Freiheit“ A 003/2026
- 13 Antrag der Fraktion Gerlach/FDP/Tierschutzpartei/BSW/Zimmermann – Erarbeitung eines Konzepts zur Entsigelung öffentlicher Flächen im Stadtgebiet Hohen Neuendorf A 004/2026

14 Behandlung der Anfragen von Mitgliedern nach § 7 der Geschäftsordnung

15 Bericht des Bürgermeisters nichtöffentlich

NICHTÖFFENTLICHER TEIL

16 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift über den nichtöffentlichen Teil der Sitzung vom 18.12.2025

17 Beschluss zur Vorbereitung des Verkaufs eines bebauten Gewerbegrundstückes im Stadtteil Hohen Neuendorf B 078/2025

18 Behandlung der nichtöffentlichen Anfragen von Mitgliedern nach § 7 der Geschäftsordnung

19 Bericht des Bürgermeisters nichtöffentlich

20 Schließung der Sitzung

SITZUNGSERGEBNIS ÖFFENTLICHER TEIL

1 — Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Weiland eröffnet um 18:30 Uhr die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Die Ordnungsmäßigkeit der Ladung wird festgestellt. Mit der Anwesenheit von 25 der 31 Stimmberechtigten ist die Beschlussfähigkeit gegeben. Er weist alle Anwesenden darauf hin, dass Teile der heutigen Sitzung per Livestream ins Internet übertragen, aufgezeichnet und als Video auf der Homepage der Stadtverwaltung Hohen Neuendorf abrufbar sind. Hierzu verweist er auf die Nutzungs- und Verarbeitungsrechte des Livestreams, die auf der Homepage der Stadt Hohen Neuendorf hinterlegt und einsehbar sind.

2 — Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 20.11.2025

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 19.12.2025 gilt ohne Änderungen als genehmigt.

3 — Feststellung der Tagesordnung

Herr Apelt beantragt, in den nicht öffentlichen Teil um 21:15 Uhr überzugehen, da dort eine wichtige, entscheidungsrelevante Vorlage behandelt werden muss.

Herr Dr. Weiland fragt, ob es eine Gegenrede zum Antrag gibt. Da dies nicht der Fall ist, **bittet er darüber abzustimmen**.

26 Ja-Stimmen keine Nein-Stimmen, keine Enthaltungen **Somit wurde dem Antrag stattgegeben und entsprechend so verfahren.**

Herr von Gizycki und Herr Reichel sind ab 18:32 Uhr zur Sitzung anwesend (**27 Stimmberechtigte**).

4 — Einwohnerfragestunde

Frau Tusk, von der Bürgerinitiative Bahnübergang Borgsdorf (BI), hat von dem Gespräch mit der Verwaltung und der Deutschen Bahn (DB) Kenntnis erhalten. Sie bittet die Verwaltung um genauere Auskünfte und die Fraktionen um ein Statement. Welche Veränderungen wurden diskutiert? Wie sehen die nächsten Schritte aus und was ist dazu angedacht? Wie ist der aktuelle Stand zur Fußgängerbrücke? Herr Apelt hatte in der Vergangenheit von der Durchführung eines geordneten Planverfahrens gesprochen. Was ist hier vorgesehen? Hat die Stadt erste Schritte eingeleitet für das Verfahren zur Durchführung nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz? Bedeutet die Aussage der Bahn, bezüglich der Veränderung für alle Verkehrsträger, dass die von einigen vorgebrachte Argumentation, die DB sehe dafür Notwendigkeit, obsolet ist? Sie sieht gute Argumente, um das Recht einzuklagen, dies belegt sie mit Beispielen. Sie wünscht sich Unterstützung von allen Seiten für die Einleitung des Verfahrens nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz.

Herr Tittelbach ist ab 18:36 Uhr zur Sitzung anwesend (**28 Stimmberechtigte**).

Herr Apelt betont, es war ein sehr erfreuliches Gespräch mit der DB. Personelle Veränderungen bei der DB-Spitze machen sich bis in diese Bereiche positiv bemerkbar. Er sei sehr optimistisch und bittet Herrn Oleck weiter auszuführen.

Herr Tschaut ist ab 18:38 Uhr zur Sitzung anwesend (**29 Stimmberechtigte**).

Herr Oleck merkt an, er könne zu dem komplexen Thema heute nur kurz informieren, mit der BI wurde aber bereits ein Gesprächstermin für eine umfassende Erläuterung vereinbart. Die DB hat den Vorschlag unterbreitet, gemeinsam mit der Stadt eine Aufgabenstellung für eine Machbarkeitsstudie zu erarbeiten, in der die Möglichkeit geprüft wird, wie eine nicht niveaugleiche Kreuzung aussehen kann, um dann an die Finanzierer (Bund / Land) heranzutreten. Dies wird von der DB federführend beauftragt und sei von der Stadt mitzufinanzieren, hierfür prüfe man derzeit die Möglichkeit von Fördermitteln. Entsprechend der Zeitschiene der DB, soll die Machbarkeitsstudie bis Ende des Jahres vorliegen. Man sei seitens der DB optimistisch, innerhalb von 10 Jahren die entsprechende niveaugleiche Kreuzung umzusetzen. Die Vertretung der DB (Bereich „Schiene“) teilten weiter mit, dass der Fußgängerübergang nicht im Bereich der Schienenverantwortung liegt, sondern im Bereich Stationen und Service. Die DB hat zugesagt, dies intern abzusprechen. Es wurde im Gespräch der positive Eindruck vermittelt, die DB habe ein gemeinsames Interesse mit der Stadt und es soll eine gemeinsame Aufgabenstellung erarbeitet werden.

Herr Dr. Weiland weist darauf hin, jede Fraktion hat gemäß Geschäftsordnung eine Redezeit von 2 Minuten.

Frau Fussen, Vorsitzende der Fraktion SPD/Bündnis 90/Die Grünen, dankt für die Nachfrage. Ihre Fraktion nimmt die Informationen mit Freude zur Kenntnis, sei gespannt auf die Machbarkeitsstudie und stehe an der Seite der BI, um die Schritte mitzugehen.

Herr Hübner, Vorsitzender der CDU-Fraktion, bedankt sich für die Beharrlichkeit. Er zeigt sich vorsichtig optimistisch bei Projekten der DB und befürwortet auch die Einleitung von rechtlichen Schritten durch die BI, falls es nicht voran geht.

Herr Erhardt-Maciejewski, Co-Vorsitzender der Fraktion Gerlach/FDP/Tierschutzpartei/BSW/Zimmermann, sagt, dieser Fortschritt mit der DB sei wahrscheinlich letztendlich ein Verdienst der Beharrlichkeit von Frau Tusk. Die Fraktion möchte weiterhin ihren Teil dazu tun, um es voran zu bringen.

Herr Tschaut, Fraktionsvorsitzender der AfD, erinnert, fast genau vor einem Jahr, wurde ein Antrag durch die AfD-Fraktion eingebracht (Nr. A 001/2025), welcher damals keine Zustimmung fand. Er sei froh, dass nun wieder Bewegung in die Sache kommt. Er schildert, seine Bemühungen auf Akteneinsicht, was von der Stadt gegenüber der DB beantragt wurde, aber erfolglos blieb. Eine niveaufreien Kreuzungsanlage für den Fuß-, Rad- und den Autostraßenverkehr werde „zu Frieden“ führen und eine befriedigende Lösung für die Einwohnerschaft darstellen.

Herr Hartung spricht für die Fraktion Die Linke & Stadtverein. Auch seine Fraktion hatte beantragt, eine niveaugleiche Kreuzung aufzuheben, was durch die Mehrheit der Stadtverordneten abgelehnt wurde. Er möchte erst Taten abwarten und heute nicht nur den Worten glauben. Er mahnt, die Verwaltung sei aufgefordert dran zu bleiben.

Frau Tusk erinnert, die Frage nach dem Planverfahren wurde noch nicht beantwortet.

Herr Oleck äußert, er habe verstanden, dass eine Machbarkeitsstudie zuerst erstellt werden soll. Im besten Fall begründet sie die Notwendigkeit, kurzfristig die niveaugleiche Kreuzung zu ändern.

Herr Apelt merkt an, die Machbarkeitsstudie werde erhebliche Auswirkungen auf den Ortsteil Borgsdorf haben und nicht nur Zustimmung in der Bürgerschaft finden. Diese Diskussion werde man dann gemeinsam führen müssen.

Frau Michelz-Niebank, Anwohnerin aus Borgsdorf, spricht ebenfalls zum Thema Bahnübergang Borgsdorf. Sie führt zu einem Brand in einem Wohnhaus am 22.12.2025 auf der Seite Diana-Allee aus. Hilfe konnte nicht rechtzeitig an der Brandstelle sein, da die Schranken geschlossen waren. Sie erfragt, was aus dem Antrag A 021/2025 Einrichtung einer elektronischen Anzeigetafel am Bahnübergang S-Bahnhof Borgsdorf zur besseren Information der Verkehrsteilnehmer geworden ist. Diese Frage richtet sie an den Bürgermeister. Die Argumentation der DB, man könne aus Datenschutzgründen weiterreichende Informationen nicht in Form einer Anzeige zur Verfügung stellen, kann sie nicht nachvollziehen. Sie plädiert dafür, Informationen, die online auf den Websites der DB gegeben werden, auch auf Anzeigetafeln am Bahnübergang zusammenstellbar sein müsste und auch der unmittelbare Zugriff durch Einsatz- und Rettungsstellen gegeben sein sollte.

Herr Apelt antwortet, der Antrag Nr. A 021/2025 wurde abgearbeitet und die Stadtverordnetenversammlung bereits darüber informiert. Die DB hat aus nachvollziehbaren Gründen einen großen Teil des Beschlusses abgelehnt. Die Antwort werde detailliert im Protokoll nachgereicht.

Auszug aus der Antwort der Deutschen Bahn: „Eine Einbindung in das interne Informationssystem der Deutschen Bahn ist nicht möglich. Daher können auf der Anzeigetafel keine betriebsbedingten Einschränkungen oder außergewöhnlich langen Schließzeiten angezeigt werden.“

Herr Tusk, von der Bürgerinitiative Bahnübergang Borgsdorf (BI), nimmt Bezug auf den Beschluss Nr. A 030/2025 zu einer Resolution zur Gefahrenabwehr am Bahnübergang Borgsdorf. Er fragt nach dem Bearbeitungsstand des Antrages. Er bittet um Beantwortung durch Herrn Dr. Weiland und die Fraktionen. Seine zweite Frage bezieht sich auf den geplanten Rettungsweg-Waidmannsweg. Er fragt den Bürgermeister, ob es einen Vertrag mit einer Firma gibt und ob dort vorgesehen ist, dass in den nächsten vier Wochen die Arbeit beginnt.

Herr Dr. Weiland beantwortet die Frage zum Antrag Nr. A 030/2025. Der Beschluss habe die Stadtverordnetenversammlung (SVV) selbst aufgefordert, tätig zu werden. Er hat daher als SVV-Vorsitzender in Absprache mit der Verwaltung die DB Netz AG (jetzt DB InfraGO AG) angeschrieben, die Sachlage eingehend beschrieben und auch eine Einladung an die Verantwortlichen ausgesprochen, vor Ort in Borgsdorf oder im Fachausschuss Rede und Antwort zu stehen. Einziges Feedback war bisher eine Eingangsbestätigung. Darüber habe er die SVV informiert; nähere Details können im Protokoll der SVV vom 19.12.2025 unter TOP 15 nachgelesen werden.

Herr Apelt führt aus, die Baumaßnahme „Verlängerung Waidmannsweg – Rettungsweg“ zwischen Borgsdorf – Birkenwerder“ wurde beauftragt und wird weitestgehend zum Ende 2026 abgeschlossen und damit für die Rettungsdienste nutzbar sein. Hierbei werden die notwendigen Baumfällarbeiten im Februar durchgeführt. Der Beginn der Erdarbeiten erfolgt entsprechend der witterungsbedingten Möglichkeiten im März/April 2026. Die Voraussetzung dafür ist ein aufgetauter Boden.

Herr Tusk erinnert, dass man in 2023 bereits zugesagt hatte, dass der Rettungsweg im Jahr 2024 fertig sein soll. Er wird zu dem Thema in der kommenden Stadtverordnetenversammlung wieder vorsprechen.

5 — Jugend spricht

Herr Dr. Weiland heißt zahlreiche Jugendliche, die sich im Rahmen eines Projekts auf die heutige Sitzung vorbereitet haben, willkommen. Während die Schülerinnen und Schüler sprechen, wird der Livestream unterbrochen, da diese noch minderjährig sind. Er bedankt sich bei Herrn Ziel für sein Engagement.

Herr Ziel, Partner des Netzwerk Zukunftsgerechtigkeit, dankt der Stadtverordnetenversammlung auch im Namen der Schülerinnen und Schüler vom Marie-Curie-Gymnasium und Dr. Hugo Rosenthal Oberschule, dass diese zum Tagesordnungspunkt „Jugend spricht“ sprechen dürfen. Die Jugendlichen haben sich im Rahmen einer Projektwoche mit verschiedenen Themen befasst, diese könnten in den Fachausschüssen beraten werden.

Herr Dr. Weiland schlägt vor, dass eine Fraktion die Verlängerung des Tagesordnungspunkts auf 20 Minuten gemäß der Geschäftsordnung beantragt.

Mehrere Fraktionsvorsitzende beantragen die Verlängerung des Tagesordnungspunkts auf 20 Minuten.

Herr Dr. Weiland bittet um Abstimmung zum Antrag.

29 Ja-Stimmen keine Nein-Stimmen, keine Enthaltungen **Dem Antrag wurde zugestimmt.** Somit wird danach verfahren.

Der Livestream wird unterbrochen.

Schüler 1 fordert die Verbesserung der Infrastruktur, vor allem der S-Bahnlinien 1 und 8, um einen zuverlässigen Betrieb zu gewährleisten. Aufgrund von wiederkehrenden Verspätungen kommen Schülerinnen und Schüler nicht rechtzeitig zum Unterricht und gefährden dadurch ihre Schulpflicht. Es sollten kurzfristige Maßnahmen zur Stabilisierung des Betriebes ergriffen und ein Maßnahmenplan erstellt werden, um die Verspätungen und Zugausfälle nachhaltig reduzieren zu können.

Schüler 2 unterstützt seinen Vorredner, indem er aus persönlichen Erfahrungen berichtet. Auch er musste erfahren, dass Züge ausfielen oder zu spät kamen und verspätet zum Unterricht erschien. Dabei habe er unter anderem wichtige Ankündigungen verpasst und seinen Tag stressiger gestaltet. Da die S 8 nur im 20-Minuten-Takt fährt, bedeute ein Zugausfall für ihn 20-30 Minuten Verspätung. Er bittet darum, dass die Stadtverwaltung und der S-Bahnbetreiber umgehend Maßnahmen zur Verbesserung der Taktung der S 8 ergreifen.

Schülerin 3 fährt jeden Montag nach Hennigsdorf ins Stadtbad. Sie ist tätig als Rettungsschwimmerin und nimmt regelmäßige am Training teil, welches in Hohen Neuendorf nicht möglich ist. Für die Fahrt nutzt sie den Bus der Linie 809. Schwierigkeiten ergeben sich jedoch bei der Rückfahrt, da der Bus nach Trainingsende nicht oft genug verkehrt. Daher wünscht sie sich eine Erhöhung der Taktfrequenz der Buslinie.

Schüler 4 berichtet stellvertretend für seine Freunde von Problemen mit den aktuellen Fahrzeiten der Buslinie 809. Insbesondere am Abend kommt es vor, dass Fahrgäste den Anschluss an die S-Bahn verpassen und anschließend mehr als 30 Minuten auf den nächsten Bus warten müssen. Dies stellt besonders in den Wintermonaten eine große Belastung dar. Er fordert daher eine Anpassung der Fahrzeiten, sodass ein verlässlicher Anschluss an die abendlichen S-Bahnen gewährleistet ist und lange Wartezeiten vermieden werden. Die gegenwärtige Situation führt dazu, dass Schülerinnen und Schüler sowie Berufstätige wertvolle Zeit für Hausaufgaben, Erholung und Schlaf verlieren, was sich negativ auf ihre Leistung in Schule und Beruf auswirkt.

Schüler 5 berichtet, dass er während seiner Vor-Abi-Klausuren erkannt habe, wie stark sein Bildungsweg von einer funktionierenden Infrastruktur abhängig ist. Die Verspätungen der S 8 und der 20-Minuten-Takt erschweren es ihm, rechtzeitig zur Schule zu kommen. Er empfindet dies als Beeinträchtigung seines Zugangs zu Bildung, da die Zuverlässigkeit seiner Anreise zu Prüfungen gefährdet ist. Diese Situation löst Stress und Unsicherheit aus und führt zu Fragen bezüglich der Bewältigung des Abiturs sowie der Auswirkungen auf zukünftige Jahrgänge ohne alternative Möglichkeiten. Abschließend hinterfragt er, welche Aussagekraft der Bildungsstandort habe, wenn der Zugang zu zentralen Prüfungen vom Zufall oder privatem Glück abhängt.

Herr Dr. Weiland fragt zunächst, ob alle Anwesenden derselben Gruppe für ein Thema „Nahverkehr“ angehören. Er schlägt vor, dass zunächst jede Fraktion ein kurzes Statement abgibt, bevor das Thema in den zuständigen Fachausschuss verwiesen wird.

Frau Fusan, Vorsitzende der Fraktion SPD/Bündnis 90/Die Grünen, bedankt sich für die Anregung, welche sie als nachvollziehbar empfindet, da sie sich gut an ihre eigene Schulzeit erinnert und Pünktlichkeitsprobleme kennt. Sie erklärt, dass es schwierig sei, direkten Einfluss auf die S-Bahn Berlin GmbH zu nehmen, betont aber, dass Versuche unternommen werden können und dies im Ausschuss besprochen werden sollte. Sie hebt

die gute Zusammenarbeit mit der OVG (Bus Linie 809) hervor, bei der man direkt mit den Verantwortlichen sprechen kann und schlägt vor, dies ebenfalls im Ausschuss zu thematisieren.

Herr Hübner, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion und Vorsitzender des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses, betont die Wichtigkeit dieses Themas als Grund seines Engagements in der Kommunalpolitik. Er ist selbst auf den Bus 809 angewiesen und berichtet, dass in früheren Jahren der letzte Bus bereits um 18 Uhr fuhr, was ihn oft zum Laufen zwang. Auch heute kommt es vor, dass er laufen muss. Die Probleme von Verspätungen und Ausfällen kenne er ebenfalls, insbesondere durch kurzfristige Umsteigezeiten, besonders bei ungünstigen Wetterbedingungen. Bezüglich des Busses 809 bietet er an, im Fachausschuss Herrn Greifenberg von der OVG einzuladen. Für die S-Bahn sieht er derzeit keine Lösung, da diese eigenständig von der Deutschen Bahn betrieben wird und dies ein gesondertes Thema darstellt.

Herr Erhardt-Maciejewski, Fraktionsvorsitzender der Fraktion Gerlach/FDP/Tierschutzpartei/BSW/Zimmermann, äußert seine Frustration über die mangelnde Koordination bei der Verbesserung des S-Bahnverkehrs, wozu er bereits seit 17 Jahren Anstöße gibt. Er beobachtet ein Dilemma, da eine Erhöhung der Zugfrequenz zu weiteren Problemen führen könnte, betont aber gleichzeitig die Zuständigkeit der Deutschen Bahn. Er schlägt eine Vorfinanzierung eines zweiten Gleises vor, was seiner Ansicht nach vor etwa zehn bis zwölf Jahren noch leichter hätte realisiert werden können und stellt fest, dass alle Fraktionen grundsätzlich offen für Verbesserungen sind, jedoch unterschiedliche Auffassungen bezüglich der konkreten Umsetzung herrschen.

Herr Tschaut, Fraktionsvorsitzender der AfD, zeigt Verständnis für die angesprochenen Probleme, kann jedoch keine positiven Beiträge liefern. Er berichtet, dass seine eigene Anreise um zehn Minuten verspätet war, da die S-Bahn von Bergfelde fünfzehn Minuten Verspätung hatte und er die Problematik der Ausfälle kennt. Bezüglich des Busverkehrs stellt er fest, dass dies primär eine Angelegenheit des Landkreises ist, der Mitglied im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) ist, wodurch die Einflussmöglichkeiten begrenzt sind. Er betont, dass der Bürgermeister regelmäßig Gespräche mit dem Landkreis führt und plant, dieses Thema erneut anzusprechen. Sollte Herr Greifenberg von der OVG im Ausschuss anwesend sein, werde man das Thema ansprechen.

Herr Hartung, für die Fraktion Die Linke & Stadtverein, sagt, die angesprochenen Probleme beim S-Bahnbetrieb sind innerhalb der Fraktion bekannt, da viele Betroffene die Situation wöchentlich erleben. Es handelt sich jedoch oft um organisatorische Herausforderungen und keine unlösbaren Probleme. Da die Zuständigkeit für diese Angelegenheit nicht bei der Stadt liegt, will er die Thematik als Kreistagsabgeordneter im Kreistag einbringen und hofft auf Unterstützung durch seine Kolleginnen und Kollegen. Insbesondere die Verbesserung von Anschlusszeiten und Fahrzeiten sieht er als beeinflussbar an, wobei die Finanzierung der Fahrzeiten eine politische Entscheidung des Landtages darstellt. Er bietet an, sich der Sache anzunehmen und schlägt vor, sie nochmals im Ausschuss zu thematisieren.

Herr Dr. Weiland schlägt vor, das Thema in den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss zu verweisen, wofür jedoch eine Abstimmung erforderlich ist. Dabei sollen Vertreter der OVG und der S-Bahn-Gesellschaft eingeladen werden. Er bietet an, die Mailadresse von Herrn

Ziel an die Ausschussvorsitzenden weiterzugeben, so dass die Vorsitzenden mitteilen, wann die Themen in den jeweiligen Fachausschüssen beraten werden.

Herr Dr. Weiland beantragt die Verweisung in den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss zur weiteren Bearbeitung und bittet um Abstimmung.

29 Ja-Stimmen keine Nein-Stimmen, keine Enthaltungen
Somit wurde dem Antrag zugestimmt.

Schüler 6 äußert Besorgnis über das rücksichtslose Wegwerfen von Müll im öffentlichen Raum, insbesondere rund um den S-Bahnhof. Er beobachtet regelmäßig große Mengen an Müll, die das Wohlbefinden von Mensch und Natur beeinträchtigen und fordert daher die Einführung hoher Strafen zur Abschreckung, sowie deutlichere Hinweisschilder und gut sichtbare Mülleimer an allen öffentlichen Plätzen. Darüber hinaus schlägt er regelmäßige Müllsammel-Events mit Belohnungen für Teilnehmende vor, um das Bewusstsein zu schärfen und die aktive Beteiligung der Bevölkerung zu fördern.

Schülerin 7 bemängelt die mangelnde Anzahl an Mülleimern in Hohen Neuendorf und beobachtet täglich Müll auf den Straßen, insbesondere in bestimmten Bereichen. Sie wünscht sich daher eine Aufstockung der Mülleimer, vor allem an frequentierten Stellen oder Orten mit erhöhtem Verschmutzungsgrad. Die Mülleimer sollen zudem gut sichtbar für Passanten platziert werden.

Herr von Gizycki, Fraktion SPD/Bündnis 90/Die Grünen und Vorsitzender des Sozialausschusses, nimmt die Anregung zum Thema Müllbehälter dankend zur Kenntnis. Dieses Thema wurde bereits mehrfach angesprochen, jedoch bietet ein erneuter, grundlegenderer Ansatz eine gute Möglichkeit zur Verbesserung. Es sollte untersucht werden, wie viele Müllbehälter vorhanden sind, wo sie stehen, in welchen Intervallen sie geleert werden und welche weiteren Maßnahmen möglich sind, beispielsweise höhere Strafen für Fehlverhalten.

Herr Hübner, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion, bedankt sich zunächst für die Anwesenheit der Jugendlichen und ermutigt zur aktiveren Beteiligung an zukünftigen Ausschusssitzungen. Er erwähnt einen zuvor gestellten Antrag zur Aufstellung weiterer Mülleimer im Stadtgebiet, welcher offenbar noch nicht zum gewünschten Ergebnis geführt hat. Die Stadtverwaltung plant nun die Vorstellung eines neuen Mülleimerkonzepts, welches voraussichtlich eine Verbesserung der Situation bewirken soll, insbesondere an zentralen Plätzen. Das Problem der Vermüllung löse sich damit nicht allein, da die Verantwortung dessen bei den Menschen liege, die ihren Abfall unachtsam entsorgen.

Herr Gerlach, Fraktionsvorsitzender der Fraktion Gerlach/FDP/Tierschutzpartei/BSW/Zimmermann, bedankt sich für die Anregungen und betont, dass wiederholte Hinweise wichtig seien, um Aufmerksamkeit zu generieren. Es existieren bereits Anträge auch über den Bürgerhaushalt, mehr Mülleimer aufzustellen. Derzeit wird ein neues Konzept mit Sensoren getestet, um häufigere Leerungen bei Überfüllung durchzuführen. Die Überprüfung der Situation durch die Stadtverwaltung oder einer Online-Umfrage zur Meldung problematischer Stellen könnte durchgeführt werden. Er sieht Bedarf an zusätzlichen Mülleimern, insbesondere am Bahnhof sowie am Rand des Waldes für Hundebesitzer, um die Hinterlassenschaften der Hunde zu entsorgen.

Herr Tschaut, Vorsitzender AfD-Fraktion, äußert seine Freude darüber, dass sich Anwesende an Zuständen stören, die er selbst als negativ empfindet und sieht darin Hoffnung auf Besserung. Er bemängelt das Vorhandensein von Müll sowohl bei Bahnanlagen als auch in der Natur. Bezüglich der Müllentsorgung führt er an, dass am S-Bahnhof Bergfelde ein Mülleimer regelmäßig vom Bauhof geleert wird, während in der Paulstraße lediglich ein einziger Mülleimer vorhanden ist, ohne dass dies jedoch zu Klagen bezüglich liegenden Mülls führt. Abschließend appelliert er, Fahrräder ausschließlich auf vorgesehenen Flächen abzustellen und nicht beispielsweise an Brückengeländern und betont, dass hierbei alle Beteiligten mitwirken sollten.

Herr Dr. Guretzki, stellv. Fraktionsvorsitzender der Fraktion Die Linke & Stadtverein, betrachtet das Problem des Mülls im öffentlichen Raum als problematisch, sieht jedoch keine Lösung darin, die Anzahl der Mülleimer zu erhöhen. Er führt skandinavische Länder wie Norwegen, Schweden und Dänemark als Beispiele an, in denen es kaum Mülleimer gibt und dennoch wenig Müll herumliegt. Dies begründet er mit einem Mentalitätsproblem in Deutschland, welches darin besteht, dass z. B. leere Getränkedosen direkt nach dem Konsum als Müll wahrgenommen und achtlos weggeworfen werden. Er stellt die Frage, ob Mülleimer wirklich die richtige Maßnahme zur dauerhaften Lösung des Müllproblems darstellen.

Herr Dr. Weiland beantragt, das Thema in den Sozialausschuss zu verweisen. Er stellt diesen Antrag zur Abstimmung.

29 Ja-Stimmen keine Nein-Stimmen, keine Enthaltungen
Somit wurde dem Antrag zugestimmt.

Schüler 8 äußert Bedenken hinsichtlich der jährlichen Probleme durch Silvester-Böllerei, welche Verängstigung von Haustieren, Verletzungen von Bürgerinnen und Bürgern sowie eine Überlastung der Rettungskräfte zur Folge habe. Er betont, dass diese negativen Auswirkungen unnötig und schädlich für Mensch, Tier und Umwelt sind. Viele Nachbarn teilen diese Einschätzung. Daraufhin fordert er die Anwesenden auf, als gewählte Vertreter der Stadt Hohen Neuendorf, umgehend ein Böllerverbot zu erlassen und den Verkauf sowie die Nutzung von Feuerwerkskörpern und Böllern auf klar definierte Orte innerhalb der Stadt zu beschränken. Dies solle zum Schutz der Natur, zur Entlastung der Rettungskräfte und insbesondere zur Vermeidung von Leid bei Tieren beitragen.

Frau Reichel, Fraktionsvorsitz SPD/Bündnis 90/Die Grünen, bedankt sich für die Thematisierung und betont, dass sie das Thema seit Jahren beschäftigt, weil es sowohl unnötig als auch schädlich ist. Insbesondere der schädliche Aspekt des Feuerwerks liegt ihr am Herzen. Sie möchte in diesem Jahr noch vor Dezember aktiv werden, um Maßnahmen zur Müllvermeidung einzuleiten und gleichzeitig versuchen, ein schönes Feuerwerk in Hohen Neuendorf zu ermöglichen.

Herr Reichel, Fraktion CDU, betont, dass die Bevölkerung in diesem Jahr äußerst verantwortungsvoll mit Böllern und ähnlichem umgegangen ist. Ihm ist bekannt, dass es um den Jahreswechsel keine Feuerwehreinsätze gab, was ihn überrascht habe, da die Feuerwehr in den vergangenen Jahren stark beansprucht wurde. Auch bezüglich der Müllentsorgung zeigt er sich positiv gestimmt, da ihm keine übermäßig verschmutzten Straßen aufgefallen sind. Er lobt die Bevölkerung für diesen verantwortungsvollen Umgang mit Böllern. Verbote hält er jedoch für das letzte Mittel. Er bevorzugt vielmehr eine Eigenverantwortung durch Verzicht und Aufklärung.

Herr Erhardt-Maciejewski, Fraktionsvorsitzender der Fraktion Gerlach/FDP/Tierschutzpartei/BSW/Zimmermann, erklärt, dass bezüglich Böller-Regulierungen im Bundesrecht sehr strenge Vorgaben existieren, welche die Möglichkeiten zur Untersagung stark einschränken. Anstatt Verbote auszusprechen, schlägt er einen positiven Ansatz vor: Die Organisation eines zentralen Feuerwerks rund um das Rathaus. Dieses Event könnte durch professionelle Pyrotechniker kontrolliert werden und somit Risiken minimieren. Die Kosten dafür müssten geprüft werden. Ziel ist es, Privatfeuerwerke zu reduzieren und damit Gefahren, u. a. für Tiere, zu beseitigen. Er sehe im Zusammenhang mit einem solchen zentralen Feuerwerk eine Möglichkeit, Besucherinnen und Besucher anzuziehen und gleichzeitig die Sicherheit zu erhöhen. Er betont, diesen Vorschlag bereits vor einigen Jahren als Antrag eingereicht zu haben.

Herr Kay, AfD-Fraktion, bedankt sich für die Anwesenheit der Jugendlichen und betont die Wichtigkeit des stetigen Nachfassens bezüglich des angesprochenen Themas. Er erinnert daran, dass bereits ein Antrag auf Böllerverbot gestellt wurde, welcher jedoch aufgrund rechtlicher Schwierigkeiten problematisch erscheint. Persönlich steht er einem solchen Verbot positiv gegenüber, begründet dies mit seiner eigenen Behinderung, welche ihn sehr schreckhaft mache, sowie mit dem Wohlergehen seines Hundes.

Herr Dr. Guretzki, stellv. Fraktionsvorsitzender der Fraktion Die Linke & Stadtverein, äußert seine Zustimmung für die Ausweisung bestimmter Bereiche als böllerrfreie Zonen. Er betont, dass jährlich vor Silvester Hinweise auf der städtischen Webseite veröffentlicht werden, die jedoch kurz vor Silvester wieder entfernt werden, was systembedingt sei. Die Thematik könnte erneut im Ausschuss diskutiert werden. Er stellt klar, dass Böller unter das Sprengstoffgesetz fallen und somit die rechtlichen Möglichkeiten der Stadt zur Einschränkung begrenzt sind. Dennoch könnten die vorhandenen Möglichkeiten genutzt werden, um eine Reduzierung der Böller in Hohen Neuendorf anzustreben. Er stimmt zu, dass die Anzahl der Knallkörper in der Luft in den vergangenen Jahren gesunken ist.

Herr Dr. Weiland beantragt das Thema in den Sozialausschuss zu verweisen und bittet um Abstimmung.

29 Ja-Stimmen keine Nein-Stimmen, keine Enthaltungen
Somit wurde dem Antrag zugestimmt.

Schüler 9 betont die Notwendigkeit, Hohen Neuendorf als ein transparentes und modernes digitales Zentrum für Jugendliche zu entwickeln. Aktuell werden junge Menschen unzureichend erreicht, was vor allem an mangelnder Transparenz bezüglich vorhandener Angebote und Beteiligungsmöglichkeiten liegt. Er plädiert für eine deutlich stärker digitalisierte und jugendgerechtere städtische Kommunikation, insbesondere durch eine klare und zuverlässige Social-Media-Präsenz, die bestehende Angebote sichtbar macht und junge Menschen gezielt anspricht. Als Ergänzung schlägt er digitale Informationstafeln mit integriertem Kalender und Karte zur besseren Orientierung im Stadtbild vor. Dabei sieht er die Wichtigkeit darin, sowohl vorhandene Angebote auszubauen als auch konsequent zu kommunizieren.

Frau Fusan, Fraktionsvorsitz SPD/Bündnis 90/Die Grünen, sagt, dass die Verwaltung vor kurzem ein neues Konzept für digitale Öffentlichkeitsarbeit vorgestellt habe, was bereits Fortschritte zeigt, beispielsweise durch Aktivitäten auf Instagram und den Start eines Podcasts. Sie spricht sich dafür aus, das Thema

im Ausschuss erneut zu diskutieren, um eventuelle „Lücken“ zu identifizieren und weitere Maßnahmen, insbesondere für junge Menschen, zu prüfen.

Herr Hübner, Fraktionsvorsitzender der CDU, stimmt den vorherigen Aussagen zu und äußert den Eindruck, dass die Stadtverwaltung oft etwa zehn Jahre hinterherhinkt, was technische Neuerungen betrifft. Dies wird als Folge einer generellen Trägheit der Verwaltung gesehen. Dieses Thema sollte aus seiner Sicht dringend im Ausschuss diskutiert werden.

Herr Erhardt-Maciejewski, Vorsitzender der Fraktion Gerlach/FDP/Tierschutzpartei/BSW/Zimmermann, äußert sich positiv zu digitalen Formaten und erwähnt nebenbei, dass auch Fraktionen gute Podcasts produzieren. Zum Thema Digitalisierung zeigt er sich offen für Wünsche zur Bürgerbeteiligung, insbesondere im Hinblick auf Formate wie Zoom oder WhatsApp. Seine Fraktion hatte bereits im vergangenen Jahr eine entsprechende Initiative gestartet, welche derzeit von der Verwaltung bearbeitet wird. Er appelliert an die Anwesenden, sich aktiv in den Ausschüssen einzubringen und eigene Ideen vorzustellen, da ihre Expertise im Bereich Digitales seiner Meinung nach größer ist als seine eigene.

Herr Kay, Fraktion AfD und Vorsitzender des Finanzausschusses, bedankt sich für das Thema und betont, dass die anwesenden Jugendlichen gebraucht werden. Er fordert die Beteiligten auf, ihre Vorschläge einzubringen und am Fachausschuss teilzunehmen, um gemeinsam das Beste für die Stadt zu erreichen.

Herr Wiezorek, Vorsitzender der Fraktion Die Linke & Stadtverein, bedankt sich zunächst für die Thematisierung eines wichtigen Anliegens und betont die Erwartungshaltung der Fraktion bezüglich dessen. Er signalisiert Offenheit gegenüber Vorschlägen und lädt zur aktiven Beteiligung im Ausschuss sowie zur direkten Ansprache der Fraktion ein.

Herr Dr. Weiland beantragt die Verweisung des Themas in den Finanzausschuss und bittet um Abstimmung. Er rät, den Streetworker Herrn Witt zur Sitzung miteinzuladen.

29 Ja-Stimmen keine Nein-Stimmen, keine Enthaltungen
Somit wurde dem Antrag zugestimmt.

Schüler 8 äußert seine Besorgnis über die anhaltenden Verzögerungen bei der Fertigstellung der Unterführung in der Karl-Marx-Straße, die die Niederheide mit dem Stadtkern Hohen Neuendorf verbindet. Er betont, dass dieses Bauprojekt bereits seit Jahren andauert und immer wieder verschobene Fertigstellungstermine erlebt habe. Die Situation beeinträchtigt sowohl Autofahrende durch lange Umwege als auch Fußgehende und Radfahrende, wobei kürzlich lediglich ein neuer Fuß- und Radweg eröffnet wurde. Er fordert die Anwesenden dazu auf, sich energisch für die finale Fertigstellung einzusetzen, um unnötige Umwege für die Anwohnerinnen und Anwohner zu vermeiden. Er führt persönliche Erfahrungen als Schüler an, da man aufgrund der wiederholten Verschiebungen gezwungen ist, Umwege in Kauf zu nehmen. Er sieht darin eine Rufschädigung für Hohen Neuendorf.

Frau Reichel, Fraktionsvorsitz SPD/Bündnis 90/Die Grünen, bedankt sich für das Thema und betont, dass sämtliche Bürgerinnen und Bürger von Hohen Neuendorf dem vollumfänglich zustimmen würden. Sie stellt klar, dass die Verantwortung für die Vorgehensweise vollständig bei der Deutschen Bahn liegt, was sowohl für sie als auch für die Stadtverwaltung äußerst unbefriedigend ist. Die Reihenfolge der Beauftragung –

zuerst die Brücke, dann die Straße – erscheint ihr als unsinnige Zeitverschwendung. Sie führt aus, dass die Problematik grundsätzlich in der Planung der Deutschen Bahn begründet liegt.

Für Herrn Reichel, CDU-Fraktion, sei das Thema seit Langem präsent, was kontrovers diskutiert wurde, wobei der Bürgermeister ursprünglich vor der Erweiterung der Brücke warnte. Trotzdem setzte sich eine breite Mehrheit dafür durch, was sich als richtig erweist. Die Stadt hat sich intensiv eingesetzt, um die Deutsche Bahn zur Fertigstellung zu bewegen, einschließlich Klagen und parlamentarischer Forderungen. Aktuelle Informationen deuten darauf hin, dass das Projekt voraussichtlich Mitte Juni fertiggestellt wird. Der Gehweg ist bereits eröffnet, dieser Termin wurde eingehalten. Insgesamt wird die Situation als frustrierend empfunden, insbesondere aufgrund der hohen Kostenbeteiligung der Stadt.

Herr Gerlach, Vorsitzender der Fraktion Gerlach/FDP/Tierschutzpartei/BSW/Zimmermann, betont, dass man aus den aktuellen Problemen Lehren für die Zukunft ziehen muss und erinnert daran, dass es bereits unter einem früheren Bürgermeister ein Gutachten gegeben habe, welches keine Verbreiterung für notwendig erachtet. Trotzdem wurde entgegen dieser Einschätzung eine Mehrheit für die Verbreiterung gebildet, was zu großem Ärger und hohen Kosten führt. Er sieht aktiven Druck durch Bürgerinitiativen und das Stadtparlament als Möglichkeit, Veränderungen zu bewirken. Bezüglich der Baustelle zeigt er sich optimistisch, dass die Fertigstellung zeitnah erfolgt, obwohl der Winter Verzögerungen verursacht hat. Er weist zudem darauf hin, dass Fahrräder derzeit nicht durch die Unterführung fahren dürfen, sondern geschoben werden müssen, beobachtet jedoch häufig Verstöße dagegen. Abschließend appelliert er erneut, die Situation voranzutreiben und die Erfahrungen für zukünftige Projekte zu nutzen.

Herr Tschaut, Fraktionsvorsitzender AfD, merkt an, dass Bauvorhaben in Deutschland oft verspätet abgeschlossen werden und führt dies auf vielfältige Gründe zurück. Die Grundlage des aktuellen Bauvorhabens sei das Eisenbahnkreuzungsgesetz und das dazugehörige Planfeststellungsverfahren, welches vom Eisenbahn Bundesamt ausgelegt und durchgeführte wurde. Dieses Verfahren legt die notwendigen Bauzeiten fest. In seiner früheren Tätigkeit habe er erlebt, dass vergleichbare Bauwerke innerhalb eines Vierteljahres realisiert werden konnten, was jedoch eine entsprechende Auslegung der Planfeststellung und Ausschreibung voraussetze. Er betont, dass die vollständige Fertigstellung, inklusive Bepflanzung, ein gesondertes Thema darstellt und äußert Bedauern, dass Deutschland derzeit nicht mehr in der Lage sei, Projekte wie früher zu bewältigen.

Herr Dr. Guretzki, stell. Vorsitzender der Fraktion Die Linke & Stadtverein, teilt den Unmut zur Verzögerung des Baus der Eisenbahnunterführung ebenfalls, denn auch er sei täglich von der Situation betroffen, insbesondere durch mangelnden Winterdienst und Beleuchtung. Er betont jedoch, dass eine Rückschau auf frühere Entwicklungen wenig hilfreich sei, da die Deutsche Bahn nach dem letzten Gespräch Fortschritte erzielt und die Arbeiten deutlich beschleunigt habe. Es wurde ein konkreter Fertigstellungstermin für den Gehweg genannt, welcher eingehalten wurde. Unter der Voraussetzung, dass die aktuelle Frostperiode Verzögerungen verursacht, rechnet er damit, dass der freie Verkehr voraussichtlich im Herbst oder spätestens im kommenden Winter wieder möglich ist. Abschließend appelliert er an die Anwesenden, innerhalb

ihres Einflussbereichs für rücksichtsvolles Verhalten beim Radfahren gegenüber Fußgängern zu werben.

Herr Dr. Weiland beantragt die Verweisung in den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss und bittet um Abstimmung.

29 Ja-Stimmen keine Nein-Stimmen, keine Enthaltungen
Somit wurde dem Antrag zugestimmt.

Schüler 10 plädiert für die Ermöglichung einer Online-Teilnahme an der Stadtverordnetenversammlung für alle Bürgerinnen und Bürger. Er argumentiert, dass Digitalisierung integraler Bestandteil des modernen Lebens sei, dies sich jedoch nicht in der politischen Beteiligung widerspiegele. Die Notwendigkeit der persönlichen Anwesenheit schließt viele Menschen aus, insbesondere Berufstätige, Eltern, junge Menschen und Personen mit Einschränkungen. Eine digitale Teilnahme würde die Teilhabe erhöhen, Demokratie stärken und Zugänglichkeit verbessern. Er räumt zwar Herausforderungen, wie Datenschutz und technische Probleme ein, betont aber deren Lösbarkeit. Ziel ist es, Präsenzveranstaltungen zu ergänzen und somit mehr Bürgerinnen und Bürger in demokratische Prozesse einzubeziehen.

Herr Dr. Weiland nimmt den Anspruch der Jugendlichen zur Kenntnis und betont, dass Teile der Forderungen bereits umgesetzt seien. Auch als Einwohnerin und Einwohner könne man an den Sitzungen in Präsenz teilnehmen oder sich per Zoom zuschalten lassen. Auch für die Einwohnerfragestunde könne man sich zuschalten lassen und Fragen stellen, was aber bisher noch niemand in Anspruch genommen habe. Die Digitalisierung sei ein großes Thema für die Stadtverordnetenversammlung und die Verwaltung.

Frau Fusan, Fraktionsvorsitz SPD/Bündnis 90/Die Grünen und Vorsitzende des Hauptausschusses, bekräftigt, dass der Hauptausschuss, sofern die Stadtverordneten zustimmen, die Thematik noch einmal prüfen kann. Es besteht auf beiden Seiten Nachholbedarf bezüglich der Information über bestehende Beteiligungsmöglichkeiten.

Herr Hübner, Fraktionsvorsitz CDU, betont, dass ohne Werbung für die Zuschaltung niemand davon Kenntnis erlangen würde. Er sieht in der Verwaltung die Verantwortung, dies Projekte stärker zu bewerben.

Herr Erhardt-Maciejewski, Vorsitzender der Fraktion Gerlach/FDP/Tierschutzpartei/BSW/Zimmermann, betont, dass die Möglichkeit der Teilnahme per Zoom bereits beantragt wurde und freut sich darüber, dass dies nun umgesetzt wird, obwohl die Verwaltung zuvor Bedenken hinsichtlich des Datenschutzes geäußert hatte. Er weist darauf hin, dass die neuen Angebote noch bekannt gemacht werden müssen, da sie derzeit kaum jemand kennt. Er fordert dazu auf, sich aktiv an Ausschüssen zu beteiligen und direkt Kontakt zu den Fraktionen aufzunehmen. Es besteht seiner Ansicht nach die Gefahr, dass sich Bürgerinnen und Bürger aufgrund mangelnder Information und Zugänglichkeit nicht beteiligen.

Herr Kay, Fraktion AfD und Vorsitzender des Finanzausschusses, sieht ergänzend zum bisherigen Vorgehen die Notwendigkeit das Stadtmarketing einzubeziehen, da bereits ein Thema bezüglich digitaler Kommunikationswege angesprochen wurde.

Herr Wiezorek, Vorsitzender der Fraktion Die Linke & Stadtverein, stimmt den vorherigen Aussagen zu und betont, dass die Verwaltung bereits Maßnahmen er-

griffen habe, um die Möglichkeit der Online-Teilnahme an Sitzungen zu nutzen. Er weist darauf hin, dass diese Option bereits von den Stadtverordneten verwendet wird. Um die Nutzung zu erhöhen, empfiehlt er eine breitere Kommunikation über soziale Medien.

Herr Dr. Weiland beantragt die Verweisung in den Hauptausschuss und Finanzausschuss und bittet um Abstimmung.

27 Ja-Stimmen keine Nein-Stimmen 2 Enthaltungen
Somit wurde dem Antrag zugestimmt.

Schülerin 11 stellt sich als Schulsprecherin der Dr. Hugo Rosenthal Oberschule vor. Sie erkundigt sich nach den Vorteilen einer fortgesetzten Trägerschaft der Oberschule durch Hohen Neuendorf sowie nach potenziellen alternativen Trägern. Darüber hinaus fragt sie, auf welche Weise die Schülerinnen und Schüler Einfluss auf die Entscheidungsprozesse nehmen und aktiv mitgestalten können.

Herr von Gizycki, Fraktion SPD/Bündnis 90/Die Grünen und Vorsitzender des Sozialausschusses, führt aus, wenn die Stadt die Trägerschaft behält, könne sie dafür sorgen, dass die Schule weiterhin besteht, während dies bei einer Abgabe an andere Stellen nicht hundertprozentig gesichert wäre. Diese Thematik wurde bereits im Sozialausschuss diskutiert und wird in der heutigen Stadtverordnetenversammlung noch einmal behandelt, da noch keine endgültige Entscheidung gefallen ist.

Herr Hübner, Fraktionsvorsitz CDU, betont, dass der Verbleib der Schule in städtischer Trägerschaft zwar kostspielig sei, sich aber lohne, da dies deren Fortbestand sichere. Die Abgabe an den Landkreis hingegen gefährde die Schule, da sie im Schulentwicklungsplan nicht mehr berücksichtigt wird und somit kurzfristig geschlossen werden könnte. Er plädiert daher persönlich für den Verbleib der Schule bei der Stadt, kündigt aber weitere Ausführungen im entsprechenden Tagesordnungspunkt an.

Herr Erhardt-Maciejewski, Vorsitzender der Fraktion Gerlach/FDP/Tierschutzpartei/BSW/Zimmermann, verweist auf die hohen Kosten der Schule, wobei die Verantwortung der weiterführenden Schulen vom Landkreis getragen werden müssen. Die Entscheidung, ob dies weiterhin der Fall ist, steht noch aus. Positiv ist jedoch, dass der Kreistag in diesem Jahr über den Schulbedarf entscheidet und die derzeitige Regelung voraussichtlich für die kommenden vier Jahre beibehalten wird. Eine Prognose für die Zeit nach diesen vier Jahren kann er allerdings nicht geben. Er weist darauf hin, dass selbst bei einer Übernahme durch den Landkreis die Schule aufgrund ihrer Aufnahme im Schulentwicklungsplan zumindest für die nächsten vier Jahre bestehen bleibt.

Herr Fiedler, AfD Fraktion, Mitglied des Kreistages und des Bildungsausschusses, betont, dass Schulen grundsätzlich kostspielig sind und eine neue Gesamtschule in Schönfließ/Bergfelde errichtet wird. Die Weiterführung der Dr. Hugo Rosenthal Oberschule wurde vom Kreistag abgelehnt, wodurch die Stadt nun klären muss, welche Kosten auf sie zukommen. Bis dahin wird die Schule voraussichtlich noch drei bis vier Jahre von der Stadt getragen werden.

Herr Hartung, Fraktion Die Linke & Stadtverein, übernimmt die Wortmeldevertretung für seinen Fraktionsvorsitzenden aufgrund dessen Befangenheit als ehemaliger Schüler der Hugo Rosenthal Oberschule. Er berichtet, dass Herr Wiezorek letzte Woche auf dem

Tag der offenen Tür Rede und Antwort stand und die Fraktion bereits über den Antrag der Verwaltung abgestimmt habe, welcher zwei mögliche Trägerschaften vorsieht: Landkreis oder Stadt Hohen Neuendorf. Er betont, dass Bildung immer kostspielig ist und Investitionen unerlässlich sind und weist Kritik am vermeintlichen Sparen zurück, da die Kosten einer Schule unabhängig von der Trägerschaft bestehen bleiben. Ihm sei es wichtig hervorzuheben, dass die Schülersprecher im Vorfeld nicht in die Entscheidung zur Anfrage beim Kreistag bezüglich der Schulabgabe eingebunden wurden.

Herr Dr. Weiland beantragt die Verweisung in den Sozialausschuss und bittet um Abstimmung.

Herr Gerlach bittet um Verweisung ebenfalls in den Finanzausschuss, um die Kosten im Blick zu behalten.

Herr Dr. Weiland bittet um Abstimmung zur Verweisung in den Sozial- und Finanzausschuss.

29 Ja-Stimmen keine Nein-Stimmen, keine Enthaltungen
Somit wurde dem Antrag zugestimmt.

Schüler 12 stellt sich als Schülersprecher des Marie-Curie-Gymnasiums vor und betont das Interesse seiner Schule an einer aktiven Rolle in der Kommunalpolitik. Er weist darauf hin, dass seine Schule mit über 900 Schülerinnen und Schüler einen bedeutenden Teil der Hohen Neuendorfer Jugend repräsentiert und daher an einer Beteiligung an Entscheidungsprozessen interessiert ist. Er bietet die Zusammenarbeit mit den Fraktionen an und erklärt sich bereit, als Schülersprecher an Sitzungen teilzunehmen, um direkten Kontakt zu knüpfen und konstruktive Gespräche zu führen.

Herr Dr. Weiland sieht aus dem Statement keinen Bedarf einer Vertiefung in einem Fachausschuss. Er nimmt zusammenfassend den heutigen Austausch mit den Jugendlichen als Anspruch wahr und betont, dass es sowohl um Informationsbeschaffung als auch um Informationsweitergabe geht. Er verweist auf Andreas Witt als direkten Ansprechpartner und Streetworker der Stadt für die genannten Themen und bestätigt seinen engen Kontakt zu ihm. Er bekräftigt, dass alle Beteiligten die Anliegen der Jugend ernst nehmen. Die Verantwortung liegt aber auch bei den Jugendlichen, die Ergebnisse der Verweisungen zu verfolgen und sich weiterhin einzubringen. Er bietet verschiedene Kommunikationswege an: Direktansprache, die Verwaltungsmail info@hohen-neuendorf.de oder ihn selbst als Ansprechpartner. Die Verwaltung sollte einen klaren Ansprechpartner für die Jugendlichen benennen. Er fordert die Jugendlichen dazu auf, sich aktiv an der Bearbeitung der verwiesenen Themen in den Fachausschüssen zu beteiligen – sowohl vor Ort als auch digital und erwartet, dass die Jugendlichen den Fortschritt verfolgen und eigene Impulse einbringen. Passives Abwarten sei aus seiner Sicht kontraproduktiv. Mit diesen Worten bedankt er sich bei den Jugendlichen für ihre Anwesenheit und den Mut, ihre Fragen vor diesem Gremium gestellt zu haben. Er schließt den Tagesordnungspunkt.

Der Livestream wird nun wieder aktiviert.

6 — Beschluss über die Änderung der Besetzung der Ausschüsse
Vorlage: B 001/2026

Frau Paeper, Herr Heider und Herr Hübner sind zur Abstimmung nicht anwesend (**26 Stimmberechtigte**).

Sach- und Rechtslage:

Die Stadtverordnetenversammlung bildet zur Vorbe-

reitung ihrer Beschlüsse und zur Kontrolle der Verwaltung aus ihrer Mitte gemäß § 44 Abs. BbgKVerf Ausschüsse (Fachausschüsse). Die Zahl der Sitze beträgt jeweils 11.

Die Fraktionen benennen entsprechend ihrem Vorschlagsrecht die Ausschussmitglieder und dessen Stellvertretungen gegenüber dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung. Die Fraktionen können ihre Ausschussmitglieder jederzeit austauschen. Die Gemeindevertretung kann die Sitzverteilung und die namentliche Ausschussbesetzung durch deklaratorischen Beschluss feststellen.

Am 06.01.2026 teilte der Fraktionsvorsitzende der Fraktion Gerlach/FDP/Tierschutzpartei/BSW/Zimmermann per Mail mit, dass Frau Kerstin Hamann den Finanzausschuss verlässt und Herr Marco Zimmermann neues Mitglied des Finanzausschusses ist.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Hohen Neuendorf beschließt, dass Herr Marco Zimmermann als neues Mitglied des Finanzausschuss benannt ist. Frau Kerstin Hamann scheidet somit als Ausschussmitglied aus dem Finanzausschuss aus.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:31
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:.....26
Davon stimmberechtigt:.....26
Ja-Stimmen:26
Nein-Stimmen:.....0
Enthaltungen:0
Ungültige Stimmen:.....0
Abstimmungsverhalten:einstimmig zugestimmt ☑

7 — 2. Änderungssatzung zur Satzung zur Regelung der Aufwandsentschädigung der ehrenamtlichen Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung und der sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Hohen Neuendorf Vorlage: B 082/2025

Frau Paeper, Herr Heider und Herr Hübner sind zur Abstimmung anwesend (**29 Stimmberechtigte**).

Sach- und Rechtslage:

Die Stadtverwaltung wurde mit dem mehrheitlich zugestimmten Antrag Nr. A 043/2025 am 27.11.2025 durch die Stadtverordnetenversammlung beauftragt, die Satzung zur Regelung der Aufwandsentschädigung für ehrenamtlichen Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung und der sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Hohen Neuendorf zu ändern, aufgrund der schwierigen finanziellen Haushaltslage. Ein Aussetzen der Aufwandsentschädigung ist nicht möglich, die Satzung wird entsprechend geändert.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Hohen Neuendorf beschließt die
2. Änderungssatzung zur Satzung zur Regelung der Aufwandsentschädigung der ehrenamtlichen Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung und der sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Hohen Neuendorf

Anlagen:

- Synopse zur 2. Änderungssatzung zur Satzung zur Regelung der Aufwandsentschädigung der ehrenamtlichen Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung und der sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Hohen Neuendorf
- 2. Änderungssatzung zur Satzung zur Regelung der Aufwandsentschädigung der ehrenamtlichen Mit-

glieder der Stadtverordnetenversammlung und der sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Hohen Neuendorf

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	31
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	29
Davon stimmberechtigt:	29
Ja-Stimmen:	19
Nein-Stimmen:	9
Enthaltungen:	1
Ungültige Stimmen:	0
Abstimmungsverhalten:	.. mehrheitlich zugestimmt ☑

8 — Beschluss über die Fortführung der kommunalen Trägerschaft der Dr. Hugo Rosenthal Oberschule durch die Stadt Hohen Neuendorf
Vorlage: B 004/2026

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	31
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	29
Davon stimmberechtigt:	29
Ja-Stimmen:	16
Nein-Stimmen:	13
Enthaltungen:	0
Ungültige Stimmen:	0
Abstimmungsverhalten:	 verwiesen

Somit ist die Beschlussvorlage Nr. B 004/2026 in den Finanz- und den Sozialausschuss verwiesen.

9 — Antrag der Fraktion Gerlach/FDP/Tierschutzpartei/BSW/Zimmermann – Umbenennung des Waldjugendwegs am Grenzschutzturm in "Helga-Garduhn-Allee"
Vorlage: A 040/2025

Herr Reichel ist zur Abstimmung nicht anwesend (28 Stimmberechtigte).

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Hohen Neuendorf beschließt, den bestehenden Waldjugendweg, der am Grenzschutzturm in Bergfelde entlangführt, in „Helga-Garduhn-Allee“ umzubenennen. Die Umsetzung der Umbenennung soll zum ersten Todestag, d. h. im September 2026, erfolgen.

Begründung:

Helga Garduhn, Trägerin des Bundesverdienstkreuzes, Mitbegründerin des Regionalverbandes Oberhavel der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald und engagierte Biologielehrerin, hat über Jahrzehnte hinweg maßgeblich zum Natur- und Umweltschutz in Hohen Neuendorf beigetragen.

Durch ihre Initiative wurde der heutige Naturschutzturm gerettet, und gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen prägte sie die Umgebung durch die Pflanzung von rund 80.000 Bäumen sowie die Anlage der Lindenallee.

Die Benennung als „Allee“ (statt „Straße“ oder einer anderen Bezeichnung) ist dabei bewusst gewählt. Helga Garduhn hat die Bäume entlang dieses Weges gezielt mit der Intention gepflanzt, dass daraus eine Allee entsteht. Die heutige Bewachung der Bäume bestätigt diesen Plan und macht deutlich, dass der Weg als Allee angelegt ist. Die Bezeichnung „Allee“ würdigt somit nicht nur das Werk der Verstorbenen, sondern respektiert auch die ursprüngliche Intention der Schöpferin. Die Umbenennung des Waldjugendwegs in „Helga-Garduhn-Allee“ würdigt ihr nachhaltiges Engagement und stellt ein dauerhaftes, öffentliches Gedenken an ihre Leistungen dar. Ihr Wirken ist weit über die Stadt

hinaus anerkannt und wurde mit zahlreichen Preisen ausgezeichnet.

Rechtlich besteht keine gesetzliche Mindestfrist im Land Brandenburg oder im Landkreis Oberhavel, die einer Umbenennung kurz nach dem Tod entgegensteht. Die Zuständigkeit für die Benennung liegt gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 13 BbgKVerf bei der Stadtverordnetenversammlung.

Namentliches Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	31
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	28
Davon stimmberechtigt:	28
Ja-Stimmen:	20
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	8
Ungültige Stimmen:	0
Abstimmungsverhalten:	 einstimmig zugestimmt ☑

Die Liste der namentlichen Abstimmung ist im Rat-
informationssystem als Anlage 1 einsehbar.

10 — Antrag der AfD-Fraktion – Transparente haushaltsmäßige Abbildung des Kulturbahnhofs
Vorlage: A 001/2026

Herr Reichel ist wieder anwesend (29 Stimmberechtigte).

Herr Kay zieht den Antrag Nr. A 001/2026 zurück, um ihn anschließend entsprechend zu kommunizieren und erneut einzubringen.

11 — Antrag der AfD-Fraktion – Mehr Sicherheit für Hohen Neuendorf – Initiative zur Gründung einer Sicherheitspartnerschaft
Vorlage: A 002/2026

Herr Schmidt-Heidrich ist zur Abstimmung nicht anwesend (28 Stimmberechtigte).

Antragstext:

Die Verwaltung wird beauftragt, auf die Polizeidirektion Nord zuzugehen, mit der Bitte, auf dem Gebiet der Stadt Hohen Neuendorf eine entsprechende Informationsveranstaltung zu organisieren. Die Verwaltung bietet Räumlichkeiten sowie Hilfe bei der Bewerbung an.

Namentliches Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	31
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	28
Davon stimmberechtigt:	28
Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	18
Enthaltungen:	0
Ungültige Stimmen:	0
Abstimmungsverhalten:	mehrheitlich abgelehnt ☒

Die Liste der namentlichen Abstimmung ist im Rat-
informationssystem als Anlage 2 einsehbar.

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit werden die Tagesordnungspunkte 12 bis 15 nicht behandelt.

14 — Behandlung der Anfragen von Mitgliedern nach § 7 der Geschäftsordnung

Der Wortlaut der Anfragen nach § 7 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortungen sind im Rat-
informationssystem unter Anfragen nach GeschO einsehbar.

NICHTÖFFENTLICHER TEIL

17 — Beschluss zur Vorbereitung des Verkaufs eines bebauten Gewerbegrundstückes im Stadtteil Hohen Neuendorf
Vorlage: B 078/2025

Herr Schmidt-Heidrich ist zur Abstimmung anwesend, Frau Franck ist nicht anwesend (28 Stimmberechtigte).

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	31
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	28
Davon stimmberechtigt:	28
Ja-Stimmen:	18
Nein-Stimmen:	4
Enthaltungen:	6
Ungültige Stimmen:	0
Abstimmungsverhalten:	.. mehrheitlich zugestimmt ☑

20 — Schließung der Sitzung

Herr Dr. Weiland schließt die Sitzung um 21:30 Uhr.

gez. Dr. Raimund Weiland
Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Protokoll über die Sitzung
des Hauptausschusses

Datum: 03.02.2026
Beginn: 18:30 Uhr
Ende: 20:50 Uhr
Sitzungsraum: Rathausaal, 16540 Hohen Neuendorf,
Oranienburger Straße 2

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzende: gez. Sabine Fussan
Schriftführung: gez. Annemarie Jungfer,
gez. Maria Sense

ANWESENDE AUSSCHUSSMITGLIEDER

Anwesende Ausschussmitglieder

Ausschussvorsitzende
Fussan, Sabine · SPD/Bündnis 90/Die Grünen

Bürgermeister
Apelt, Steffen · Bürgermeister

stellv. Ausschussvorsitzender
Dr. Guretzki, Hans-Joachim · Die Linke & Stadtverein

Erhardt-Maciejewski, Christian · Gerlach/FDP/
Tierschutzp./BSW/Zimmermann
Franck, Annett · AfD
Gerlach, Michael · Gerlach/FDP/Tierschutzp./BSW/
Zimmermann
Hübner, Florian · CDU
Paeper, Judith · SPD/Bündnis 90/Die Grünen
Reichert, Michael · CDU
Tittelbach, Uwe · SPD/Bündnis 90/Die Grünen
Tschaut, Horst · AfD
Dr. Weiland, Raimund · CDU

Mitarbeitende der Verwaltung
Strauß, Anja · Leiterin Büro Bürgermeister und SVV
Werner, Michaela · Erste Beigeordnete

Fehlende Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung
Reichel, Franziska · SPD/Bündnis 90/Die Grünen

TAGESORDNUNG
ÖFFENTLICHER TEIL

- 1 Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung
der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der
Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Niederschrift über den
öffentlichen Teil der Sitzung vom 06.01.2026
- 3 Feststellung der Tagesordnung
- 4 Antrag der Fraktion Gerlach/FDP/
Tierschutzpartei/BSW/Zimmermann
– Einrichtung von Katastrophenschutz-
Informationspunkten A 009/2025
- 5 Bildung eines gemeinsamen Betriebes
für die Abwasserentsorgung in den
Nordbahngemeinden I 001/2026
- 6 Informationen der Verwaltung
- 7 Anfragen an die Verwaltung

NICHTÖFFENTLICHER TEIL

- 8 Bestätigung der Niederschrift über den
nichtöffentlichen Teil der Sitzung vom
06.01.2026
- 9 Ausübung eines Vorkaufsrechtes gemäß § 25
Abs. 1 Nr. 2 Baugesetzbuch (BauGB) B 002/2026
- 10 Informationen der Verwaltung
- 11 Schließung der Sitzung

SITZUNGSERGEBNIS
ÖFFENTLICHER TEIL

1 — Eröffnung der Sitzung, Begrüßung,
Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung,
der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Frau Fussan eröffnet um 18:30 Uhr die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Die Ordnungsmäßigkeit der Ladung wird festgestellt. Mit der Anwesenheit aller 12 Stimmberechtigten ist die Beschlussfähigkeit gegeben. Sie weist alle Anwesenden darauf hin, dass Teile der heutigen Sitzung per Livestream ins Internet übertragen, aufgezeichnet und als Video auf der Homepage der Stadtverwaltung Hohen Neuendorf abrufbar sind und verweist auf die Nutzungs- und Bearbeitungsrechte des Livestreams, die auf der Homepage der Stadt Hohen Neuendorf hinterlegt und damit einsehbar sind.

2 — Bestätigung der Niederschrift über den
öffentlichen Teil der Sitzung vom 06.01.2026

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 06.01.2026 gilt ohne Änderungen als genehmigt.

3 — Feststellung der Tagesordnung

Frau Fussan weist darauf hin, dass es die Bestrebung gab, die Beiräte der Netzgesellschaften in die Ausschusssitzung einzuladen. Dies ist nicht gelungen. Aus den Beiräten gab es die Anmerkung, die Beiratsmitglieder sind aus den Fraktionen bestellt, hier könnte es über die Fraktionen eine Rückkopplung zur Arbeit der Beiräte geben. Sie bittet sich fraktionsintern mit den Mitgliedern der Beiräte ins Benehmen zu setzen und sich auszutauschen.

Herr Dr. Weiland stellt klar, die Beiratsmitglieder sind von den Fraktionen vorgeschlagen und bestimmt durch die Stadtverordnetenversammlung. Daher sieht er einen Anspruch auf die Information der Beiräte hier im Ausschuss. Gespräche in den Fraktionen können unabhängig davon geführt werden.

Herr Apelt bemängelt, die Teilnahme in den Beiratssitzungen lässt sehr zu wünschen übrig. Herr Oleck gibt zudem einmal im Jahr einen Bericht aus den beiden Netzgesellschaften um zu informieren. Es obliegt der Verwaltung nicht, Beiratsmitglieder in die Ausschusssitzung zu beordern.

Herr Dr. Weiland stimmt Herrn Apelt zu und bittet um einen kurzen tabellarischen Bericht über die Teilnahme an den Beiratssitzungen im Jahr 2025. So könne man Überlegungen anstreben, ob es Veränderungen in der Besetzung der Beiräte geben soll.

Die Liste der Anwesenheit der Beiratssitzungen von 2024/2025 wurde den Ausschussmitgliedern am 06.02.2026 per Mail zugesendet.

Frau Fussan teilt diese Ansicht, dies könne auch gern per Email kommuniziert werden. Weitere Anmerkungen zur Tagesordnung gibt es nicht, sie gilt wie vorliegend als genehmigt. Es wird entsprechend dieser verfahren.

NICHTÖFFENTLICHER TEIL

9 — Ausübung eines Vorkaufsrechtes gemäß § 25
Abs. 1 Nr. 2 Baugesetzbuch (BauGB)
Vorlage: B 002/2026

Abstimmungsergebnis:
Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:12
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:..... 11
Davon stimmberechtigt:..... 11
Ja-Stimmen: 0
Nein-Stimmen: 11
Enthaltungen: 0
Ungültige Stimmen: 0
Abstimmungsverhalten: einstimmig abgelehnt ☒

11 — Schließung der Sitzung

Frau Fussan schließt die Sitzung um 20:50 Uhr.

gez.Sabine Fussan
Vorsitzende des Hauptausschusses

BEKANNTMACHUNGEN

Beteiligung der Öffentlichkeit an der Bauleitplanung nach § 3 Abs. 2 BauGB

Aufhebungsverfahren
Bebauungsplan Nr. 1: "Ortsmitte" Bergfelde

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Hohen Neuendorf hat auf ihrer Sitzung am 27.11.2025, Beschluss B 063/2025 die Einleitung eines Aufhebungsverfahrens zum Bebauungsplan Nr. 1 „Ortsmitte“ Bergfelde beschlossen. Der Einleitungsbeschluss wurde am 16.12.2025 durch Veröffentlichung auf der Internetseite der Stadt Hohen Neuendorf sowie im Amtsblatt der Stadt Hohen Neuendorf Nr. 11/34. Jahrgang am 20. Dezember 2025 bekannt gemacht.

Plangebiet des Bebauungsplanes Nr. 1

Der Geltungsbereich des Bebauungsplans liegt mittig im Stadtteil Bergfelde und umfasst eine überwiegend bebaute Fläche, die durch folgende Straßenzüge begrenzt ist:

- im Norden durch den Straßenverlauf Helmut-Just-Straße / Straße Am Langen Berg
- im Osten durch die Lehnitzstraße / Mühlenbecker Straße / Birkfeldstraße / Ahornallee
- im Süden durch die Ahornallee / Schulstraße / Wielandstraße / Uhlandstraße
- im Westen durch den Straßenverlauf Lessingstraße / Bahnstraße / Briesestraße

Die genaue Lage und Abgrenzung des Geltungsbereichs ist in dem beigefügten Kartenausschnitt dargestellt.
Das Plangebiet umfasst eine Fläche von ca. 45 ha.

Hinweis: Überlagernde und rechtswirksame Bebauungspläne – welche von der Planaufhebung nicht betroffen sind

Teilgebiete des Bebauungsplans Nr. 1 „Ortsmitte“ wurden in der Vergangenheit durch in Kraft getretene Bebauungspläne überplant. Dabei handelt es sich um folgende Planwerke:

- Bebauungsplan Nr. 34: „Dorfstraße Bergfelde, Stadtteil Bergfelde“
- Bebauungsplan Nr. 35: „Gemeinbedarfsfläche Schulstraße/Ahornallee, Stadtteil Bergfelde“
- Bebauungsplan Nr. 41: „Mittelstraße / Dorfstraße, Stadtteil Bergfelde“
- Bebauungsplan Nr. 48: „Nördlich S-Bahnhof Bergfelde, Stadtteil Bergfelde“
- Bebauungsplan Nr. 64: „Südlich der Flachlakestraße bis zur Straße Am Langen Berg, Stadtteil Bergfelde“
- Bebauungsplan Nr. 65 „Westlich der Mittelstraße, Stadtteil Bergfelde“.

Diese Bebauungspläne/Satzungen sind von der Planaufhebung nicht betroffen.

Ziel und Zweck der Planaufhebung

Der Bebauungsplan Nr. 1 „Ortsmitte“ Bergfelde wurde von der (damaligen) Gemeindevertretung von Bergfelde am 1. April 1992 beschlossen. Die Ausfertigung der Satzung erfolgte durch die Bürgermeisterin der Gemeinde Hohen Neuendorf am 11. Mai 1999. Mit der Bekanntmachung des Bebauungsplans Nr. 1 „Ortsmitte“ Bergfelde am 22.05.1999 im Amtsblatt Nr. 5/8. J. der Gemeinde Hohen Neuendorf wurde der Rechtsschein eines wirksamen Bebauungsplans für das Plangebiet gesetzt. Aufgrund der langen Zeitspanne zwi-

schen dem Satzungsbeschluss und der Ausfertigung war die Beurkundungsfunktion der Ausfertigung nicht gewahrt. Der Bebauungsplan Nr. 1 „Ortsmitte“ Bergfelde ist daher aufgrund eines Ausfertigungsmangels nie wirksam geworden.

Mit dem Aufhebungsverfahren möchte die Stadt Hohen Neuendorf den Rechtsschein des Bebauungsplans Nr. 1 formell aufheben.

Die das Plangebiet teilweise überlagernden Bebauungspläne sind von dieser Planaufhebung nicht betroffen.

Verfahren

Das Planaufhebungsverfahren wird im Regelverfahren nach den §§ 2 bis 10a Baugesetzbuch (BauGB) einschließlich der Durchführung einer Umweltprüfung durchgeführt.

Beteiligung der Öffentlichkeit durch Veröffentlichung im Internet und öffentliche Auslegung

Gemäß § 3 Abs. 2 BauGB werden die Entwurfsunterlagen mit Begründung und dem Umweltbericht sowie den wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen im Internet veröffentlicht. Die Unterlagen nach Satz 1 werden während der Dauer der Veröffentlichung (sog. Veröffentlichungsfrist):
vom 02.03.2026 bis einschließlich 02.04.2026
auf der Internetseite der Stadt Hohen Neuendorf:

➔ <https://hohen-neuendorf.de/de/bauen-wirtschaft/stadtplanung/bauleitplaene-mit-buergerbeteiligung>

sowie dem zentralen Planungsportal des Landes Brandenburg:

➔ <https://bb.beteiligung.diplanung.de> veröffentlicht.

Zusätzlich zur Veröffentlichung im Internet werden die nach § 3 Absatz 2 Satz 1 BauGB zu veröffentlichenden Unterlagen in Form einer öffentlichen Auslegung als andere leicht zu erreichende Zugangsmöglichkeit im oben genannten Zeitraum im:

Rathaus der Stadt Hohen Neuendorf
Fachbereich 5 Bauen, Raum N_1.10 (Offenlageraum)
Oranienburger Str. 2, 16540 Hohen Neuendorf

während folgender Zeiten:

Montag von 8:00 – 12:00 Uhr und 14:00 – 16:00 Uhr
Dienstag von 8:00 – 12:00 Uhr und 14:00 – 18:00 Uhr
Mittwoch von 8:00 – 12:00 Uhr und 14:00 – 16:00 Uhr
Donnerstag von 8:00 – 12:00 Uhr und 14:00 – 17:00 Uhr
zur Verfügung gestellt. Nach persönlicher Absprache ist auch außerhalb der genannten Zeiten eine Einsichtnahme möglich. Nutzen Sie dazu bitte die E-Mail-Adresse: bauen@hohen-neuendorf.de.

Während der Dauer der Veröffentlichungsfrist können Stellungnahmen abgegeben werden. Die Stellungnahmen sollen elektronisch übermittelt werden; sie können bei Bedarf aber auch auf anderem Wege (z. B. schriftlich oder zur Niederschrift) abgegeben werden. Zur elektronischen Einreichung nutzen Sie bitte die E-Mail-Adresse bauen@hohen-neuendorf.de oder geben Sie Ihre Stellungnahme direkt über das zentrale Planungsportal des Landes Brandenburg: ➔ <https://bb.beteiligung.diplanung.de> ab. Darüber hinaus können Stellungnahmen auch unter der o. g. Adresse schriftlich oder zur Niederschrift im Rathaus eingereicht oder abgegeben werden.

Die Stellungnahmen werden in der anschließenden Abwägung der öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander abgewogen.

Es wird darauf hingewiesen, dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben können, sofern die Stadt Hohen Neuendorf deren Inhalt nicht kannte und nicht hätte kennen müssen und deren Inhalt für die Rechtmäßigkeit der Aufhebung des Bebauungsplans nicht von Bedeutung ist.

Verfügbare Arten umweltbezogener Informationen
Es sind folgende Arten umweltbezogener Informationen verfügbar:

Schutzgut	Informationen dazu in Stichworten
Tiere und Pflanzen, biologische Vielfalt	Auswirkungen auf die Flora und Fauna, Ausgleichsmaßnahmen, geschützte Biotope und Landschaftsbestandteile
Fläche und Boden	Auswirkungen auf die Bodenfunktionen, Flächeninanspruchnahme, Innenentwicklung
Wasser	Grundwasser, Wasserschutzbereiche, Hochwasserschutz
Luft und Klima	Luftqualität, Klimawandel, Klimaanpassung, Immissionen
Mensch und seine Gesundheit, Bevölkerung insgesamt	Immissionen, Verkehrsaufkommen
Kultur und sonstige Sachgüter	Baudenkmale, Bodendenkmale, Naturdenkmale
Landschaft	Landschaftsbild, Erholungsfunktion, Grünzug
Wirkungsgefüge zwischen den Schutzgütern	Wechselwirkungen zwischen den Belangen des Umweltschutzes und den Umweltschutzgütern
Natura 2000-Gebiete im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes	Auswirkungen auf Natura 2000-Gebiete

Datenschutzinformation

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt auf Grundlage des § 3 BauGB in Verbindung mit Art. 6 Abs. 1 Buchst. e) der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und dem Brandenburgischen Datenschutzgesetz. Sofern Sie Ihre Stellungnahme ohne Absenderangaben abgeben, erhalten Sie keine Mitteilung über das Ergebnis der Prüfung. Weitere Informationen entnehmen Sie bitte dem Formblatt: "Informationspflichten bei der Erhebung von Daten im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung nach BauGB (Art. 13 DSGVO)", welches im o. g. Zeitraum als Bestandteil der im Internet verfügbaren Planunterlagen zur Verfügung gestellt wird sowie mit den Planunterlagen öffentlich ausliegt.

Hinweis

Im Amtsblatt für die Stadt Hohen Neuendorf vom 20.12.2025, Nr. 11, 34. Jahrgang wurde die Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 2 BauGB am Entwurf des Aufhebungsverfahrens des Bebauungsplans Nr. 1 bereits bekanntgemacht. Zur Behebung eines Formfehlers ist es erforderlich, die ortsübliche Bekanntmachung hiermit zu wiederholen und die

Unterlagen in dem o.g. längeren Zeitraum zu veröffentlichen sowie Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Stellungnahmen, die schon auf Grundlage der Bekanntmachung vom 20.12.2025 eingegangen sind, fließen vollumfänglich in die Abwägung nach § 1 Abs. 7 BauGB ein. Die erneute Abgabe einer gleichlauten-

den Stellungnahme ist möglich, aber demnach nicht erforderlich.

Anlage

Lageplan mit Umgrenzung des Geltungsbereiches des Bebauungsplans Nr. 1 "Ortsmitte" Bergfelde

Hohen Neuendorf, den 06. 02.2026

gez. Steffen Apelt
Bürgermeister

Anlage

Lageplan mit Umgrenzung des Geltungsbereiches des Bebauungsplans Nr. 1 "Ortsmitte" Bergfelde



unmaßstäblich

Bekanntmachung der 2. Änderung der Satzung zur Regelung der Aufwandsentschädigung der ehrenamtlichen Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung und der sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Hohen Neuendorf

Die von der Stadtverordnetenversammlung Hohen Neuendorf am 29.01.2026 beschlossene Satzung zur Regelung der Aufwandsentschädigung der ehrenamtlichen Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung und der sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Hohen Neuendorf mit ihrer 2. Änderung wurde entsprechend der gesetzlichen Regelungen zu öffentlichen Bekanntmachungen von Satzungen im Internet auf der Startseite der Internetseite der Stadt Hohen Neuendorf unter Ortsrecht/Bekanntmachungen am 06.02.2026 öffentlich bekannt gemacht.

Hohen Neuendorf, den 06.02.2026

gez. Steffen Apelt
Bürgermeister

Bekanntmachung und Hinweis zur Auslegung und Einsichtnahme des Wirtschaftsplans 2026 des Eigenbetriebes Abwasser der Stadt Hohen Neuendorf

Der Wirtschaftsplan 2026 des Eigenbetriebes Abwasser der Stadt Hohen Neuendorf wurde durch die Stadtverordnetenversammlung Hohen Neuendorf am 20.11.2025, mit Beschluss Nr. B 074/2025 beschlossen.

Der Wirtschaftsplan 2026 wird am 11.02.2026 gemäß den für Satzungen geltenden Vorschriften auf der Internetseite der Stadt Hohen Neuendorf unter Ortsrecht/Bekanntmachungen öffentlich bekannt gemacht. Der Wirtschaftsplan 2026 wurde mit seinen Anlagen am 11.02.2026, Aktenzeichen 111118 wr 26/04, von der Kommunalaufsichtsbehörde des Landkreises Oberhavel genehmigt und kann von Jedermann in den Räumlichkeiten des Eigenbetriebes Abwasser der Stadt Hohen Neuendorf, Gewerbestraße 5-7, 16540 Hohen Neuendorf zu den allgemeinen Dienstzeiten zur Einsicht genommen werden. Eine zeitliche Beschränkung des Einsichtsrechts besteht nicht.

Hohen Neuendorf, den 11.02.2026

gez. Steffen Apelt
Bürgermeister

TERMINE

SITZUNGSTERMINE HOHEN NEUENDORF

03.03.2026 | 18:30 Uhr
Hauptausschuss
öffentlich

10.03.2026 | 18:30 Uhr
Stadtentwicklungs- und Bauausschuss
öffentlich

12.03.2026 | 18:30 Uhr
Sozialausschuss
öffentlich

17.03.2026 | 18:30 Uhr
Finanzausschuss
öffentlich

26.03.2026 | 18:30 Uhr
Stadtverordnetenversammlung
öffentlich

TERMINE SCHIEDSSTELLE

Sprechstunden:
jeden 1. Dienstag im Monat von 16:00 bis 18:00 Uhr
im Rathaus der Stadt Hohen Neuendorf,
Oranienburger Straße 2, 16540 Hohen Neuendorf

Kontakt:
➔ <https://hohen-neuendorf.de/de/buergerservice/was-erledige-ich-wo/info/schiedsstelle>

Nächster Termin:
Dienstag, 03.03.2026

TERMINE PFLEGELOTSIN

Sprechstunden:
Jeden Donnerstag 14 bis 17 Uhr
Rathaus Hohen Neuendorf,
Oranienburger Str. 2

Jeden 2., 3. und 4. Freitag im Monat, 9 bis 12 Uhr
Volkssolidarität,
Berliner Str. 35,
Hohen Neuendorf

Mit vorheriger Terminvereinbarung:
Volkssolidarität Bergfelde, Vereinsgebäude
Sportplatz Borgsdorf, Bürgerhaus Stolpe Dorf,
Hausbesuche

Kontakt:
Telefon 03302-499 99 16
mobil 0171-192 2376
seniorenlotse-hohenneuendorf@purggmbh.de

NOTRUF-NUMMERN

Polizeinotruf	110
Rettungsdienst (Feuerwehr)	112
Leitstelle Feuerwehr	(03334) 304 80
Polizeiwache Henningsdorf	(03302) 8030
Notfalltelefon (Virchow-Klinikum)	(030) 450 553 534
Ärztlicher Bereitschaftsdienst	116 117
Apothekennotdienst	(0800) 00 22 833
Giftnotruf Berlin	(030) 19 240
Krankenhaus Oranienburg	(03301) 660
Krankenhaus Hennigsdorf	(03302) 54 50
Telefonseelsorge evangelisch	(0800) 1110111
Telefonseelsorge katholisch	(0800) 1110222
Frauenhaus Oranienburg	(0800) 664 80 45
Notrufnummer für Frauen bei Gewalt	116 016
SOS nach Vergewaltigung	(03301) 66 30 17 o. 66 20 10
Hilfetelefon für Schwangere in Not	(0800) 40 40 020
Gesundheitsamt	(03301) 601 751
Jugendamt	(03301) 601 411
Tierärztlicher Notdienst	(033056) 43 800
Tierheim Ladeburg	(03338) 70 42 84

Impressum

Bürgermeister /
Sekretariat: Tel.: 528 199
Inneres: Tel.: 528 124
Bauamt: Tel.: 528 122
Stadtservice: Tel.: 528 240
Ordnung /
Sicherheit: Tel.: 528 188
Soziales: Tel.: 528 134
Marketing: Tel.: 528 145



AMTSBLATT FÜR DIE STADT HOHEN NEUENDORF

Herausgeber: Stadt Hohen Neuendorf – Der Bürgermeister

Kostenlos verteilte Auflage im Verbreitungsgebiet in der Stadt Hohen Neuendorf und außerdem erhältlich in der Stadtverwaltung Hohen Neuendorf